Sitzungsvorlage

Sachbearbeiter:	Roland Rieger	Az:	700.21
Vorlagen Nr.:	RA/002/2023	Vorlage erstellt am:	18.01.2023
Gremium:	Gemeinderat	Sitzung am:	30.01.2023
		Status:	öffentlich

TOP 7

Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) der Gemeinde Hügelsheim

hier: Änderung des § 44 Vorauszahlungen

Anlage:

- Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung

Sachstand:

Die Gemeinde Hügelsheim hat zum 01. Januar 2023 das EDV-Verfahren für die Abrechnung der Wasser- und Abwassergebühren umgestellt. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14. März 2022 beschlossen das Verfahren KM-StA der Komm.One AÖR zu verwenden.

Aufgrund dieser Programmumstellung ist eine Umstellung der Vorauszahlungen notwendig. Das neue Verfahren kann die bisherige Vorgehensweise nicht abbilden.

Bisher wurde bei der Berechnung der Höhe der Vorauszahlungen ein Viertel des zuletzt festgestellten Jahresverbrauchs bzw. ein Viertel der zuletzt festgestellten gebührenpflichtigen Fläche gem. § 40 a der Abwassersatzung und die anteilige Grundgebühr (§ 37 Abwassersatzung und § 38 Wasserversorgungssatzung) zugrunde gelegt.

D.h. die bisherige Gesamtsumme des Verbrauchs wurde geviertelt und mit der Schlussrechnung der vierte Abschlag angefordert.

Neu ist nun, dass jeder Vorauszahlung ein Drittel des zuletzt festgestellten Jahresverbrauchs bzw. ein Drittel der zuletzt festgestellten gebührenpflichtigen Fläche gem. § 40 a der Abwassersatzung und die anteilige Grundgebühr (§ 37 Abwassersatzung und § 38 Wasserversorgungssatzung) zugrunde zu legen ist. D.h. die bisherige Gesamtsumme des Verbrauchs wird gedrittelt und mit der Schlussrechnung wird nur noch der Differenzbetrag aus Jahresverbrauch und Abschläge berechnet.

Die Vorauszahlungen sind weiterhin zum 31. März, 30. Juni und 30. September eines jeden Jahres fällig.

Allerdings werden sich die Abschläge im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöhen.

Der Schlussrechnungsbetrag im Januar des Folgejahres könnte sich dann – je nach Verbrauch – verringern.

Zur Umsetzung der neuen Systematik ist eine Anpassung der Abwassersatzung erforderlich.
Die Bestimmungen in der Wasserversorgungssatzung müssen nicht geändert werden.

In der Anlage ist der Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung beigefügt.

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche
Abwasserbeseitigung entsprechend dem beigefügten Entwurf der Satzung.

Beratungsergebnis:						
einstimmig	mit Stimmenmehrheit	Anzahl JA	Anzahl NEIN	Anzahl Enthaltungen	laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschlussvorschlag